

Pressemitteilung  
20. März 2017

Beratung für Betroffene  
von rechter und  
rassistischer Gewalt

*Counselling for persons  
subjected to right-wing  
and racist violence*

تقديم الدعم والتوجيه لضحايا  
العنف اليميني والفاشي

*Service de conseil et  
d'assistance pour les  
personnes touchées par  
la violence à caractère  
raciste et d'extrême  
droite.*

## "Rechte Gewalt und Alltagsrassismus werden zum gesamtgesellschaftlichen Phänomen"

Hansaallee 150  
60320 Frankfurt am Main

069 / 56 000 241  
kontakt@response-hessen.de  
response-hessen.de

Rechts motivierte Straftaten haben auch in Hessen einen neuen Hochstand erreicht: Die jüngst vom Hessischen Landeskriminalamt für das Jahr 2016 veröffentlichten Zahlen beziffern ein Gesamtaufkommen von 840 rechtsmotivierten Straftaten (sog. PMK-rechts) – das sind 133 (18,8 Prozent) mehr als im Jahr zuvor –, darunter wurden 21 Körperverletzungen gezählt.

Die hessische Beratungsstelle *response* für Betroffene rechter und rassistischer Gewalt erfährt in ihrer Beratungsarbeit, dass rassistische, antisemitische und andere menschenfeindliche Haltungen und Handlungen im Alltag zunehmen: „Dabei gehen die tätlichen Angriffe, die unsere Beratungsnehmenden erleben, immer häufiger von Menschen aus, die sich nicht der extremen Rechten zuordnen lassen und die sich auch selbst nicht als rechtsextrem bezeichnen“, sagt Olivia Sarma, Leiterin der Beratungsstelle. „Trotz der besorgniserregenden Ausmaße rechter Gewalt besteht aber in weiten Teilen der Gesellschaft weiterhin der Mythos von Einzelfällen am rechten Rand.“

### **Rassistisches Mobbing, Bedrohungen am Arbeitsplatz, Angriffe auf offener Straße**

Vor etwas mehr als einem Jahr wurde *response* in der Bildungsstätte Anne Frank in Frankfurt/Main aus Mitteln von Bund und Land aufgebaut, im laufenden Jahr wird die Beratungsstelle durch eine Aufstockung durch das hessische Innenministerium u.a. mit einer Zweigstelle in Kassel ausgebaut. *Response* hat im Februar 2016 die Beratungsarbeit aufgenommen und seitdem etwa 40 Beratungsanfragen erhalten. Die überwiegende Anzahl der Fälle sei dem Bereich rassistischer Gewalt zuzuordnen, so Sarma: „Die Fälle reichen von rassistischem Mobbing im Wohnumfeld, rassistischen Bedrohungen am Arbeitsplatz oder in öffentlichen Verkehrsmitteln, rassistische Polizeigewalt und tätlichen Angriffen auf offener Straße.“ Antimuslimischer Rassismus sei in vielen Fällen Hintergrund für Übergriffe, Beleidigungen und

Ein Angebot  
der Bildungsstätte  
Anne Frank



Beschimpfungen gewesen. „Rechte Gewalt ist weiterhin ein gesamtgesellschaftliches Problem“, bestätigt auch Dr. Reiner Becker, Leiter des Demokratiezentrum im *beratungsNetzwerk hessen – gemeinsam für Demokratie und gegen Rechtsextremismus*, das an der Philipps- Universität Marburg angesiedelt und Auftraggeber der Beratungsstelle *response* ist. „Als Zivilgesellschaft müssen wir vor allem die ‚fragile‘ Mitte in den Blick nehmen, denn es ist zu beobachten, dass zunehmend Feindlichkeiten und Angriffe aus der Mitte der Gesellschaft erfolgen.“

Viele Betroffene berichten jenseits von An- oder Übergriffen von massiven psychischen Belastungen durch alltägliche Rassismuserfahrungen. Auch in Institutionen und Behörden, mit denen die Betroffenen nach Angriffen in Kontakt sind, erlebten sie immer wieder rassistische oder kulturalisierende Zuschreibungen vonseiten der Mitarbeiter\*innen, sagt Olivia Sarma. „Es gibt kaum Hilfestrukturen, in denen die Fachkräfte rassismussensibel beraten und unterstützen können.“ Der erstarkende Rechtspopulismus bilde zunehmend den Nährboden für Diskriminierung und Gewalt. Dr. Reiner Becker betont: „Wir müssen mit guten Präventionsmaßnahmen dazu beitragen, dass sich rechtspopulistische Haltungen nicht in der Mitte der Gesellschaft verankern.“

## **Neue Chronik rechter Gewalt in Hessen – Ausbau des Angebots für Nord- und Osthessen**

*Response* berät auch in zahlreichen Fällen, die nicht zur Anzeige gebracht werden und sich deshalb nicht in der PMK-rechts-Statistik niederschlagen. So ist von einer hohen Dunkelziffer rechter Gewalttaten auszugehen. „Es gibt viele Gründe, warum Betroffene sich nicht an die Behörden wenden: aus Angst vor Einschüchterungen und weiterer Gewalt, aufgrund vorheriger diskriminierender Erfahrungen mit Behörden oder auch eigener Bearbeitungsstrategien abseits des Strafrechts“, sagt Olivia Sarma. Besonders in den Bereichen Nötigung und Bedrohung würden viele Taten statistisch nicht erfasst, da sie von vielen Betroffenen eher als jene Rassismen wahrgenommen würden, die zu ihrem „normalen“ Alltag gehören und die sie daher nicht zur Anzeige bringen.

Für eine größere Sichtbarkeit der Ausmaße rechter Gewalt in Hessen recherchiert *response* seit Anfang des Jahres kontinuierlich Vorfälle in Hessen und veröffentlicht sie auf ihrer Internetseite unter **response-hessen.de/chronik**. Aktuell wird vornehmlich auf die Berichterstattung in (Lokal-)Medien zurückgegriffen, gezählt werden vor allem Angriffe auf die körperliche Unversehrtheit sowie gezielte Sachbeschädigungen oder Bedrohungen. Dabei geht es aber auch darum, von Fällen zu erfahren und Betroffenen Beratungsangebote zu machen. Erschwerten Zugang zum Beratungsangebot und zu Unterstützungsstrukturen bestehe in ländlichen Gebieten sowie für Geflüchtete, die besonders gefährdet sind, Opfer rechter Gewalt zu werden (siehe dazu auch Hessisches Landeskriminalamt 2017, Bericht Politisch Motivierte Kriminalität in Hessen 2016). So ist ein zentrales Ziel von *response*, verstärkt diese sehr vulnerable Gruppe zu erreichen. Mit der deutlichen Erhöhung der Landesmittel wird *response* personell aufstocken, um dem steigenden Bedarf u.a. an aufsuchender Arbeit gerecht zu werden. Im Herbst soll eine Zweigstelle von *response* in Kassel ihre Arbeit aufnehmen, um in Nord- und Osthessen präsenter zu werden und auch dort einen niedrigschwelligen Zugang für Betroffene zu ermöglichen.

**response.** wird im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie im Rahmen des Landesprogramm „Hessen – aktiv für Demokratie und gegen Extremismus“ durch das Hessische Ministerium des Innern und für Sport gefördert.

**response.** orientiert sich in ihrer Arbeit an den **Qualitätsstandards** des bundesweiten „Verbands der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt e.V.“.

[www.response-hessen.de](http://www.response-hessen.de)